



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Umwelt, Energie und
Sauberkeit -

Tagesordnung I Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 17. April 2018

Vorlagen-Nr. 18-F-21-0029

Fütterungsverbot und Leinenzwang in öffentlichen Grünanlagen - Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 10.04.2018 -

Die Landeshauptstadt Wiesbaden unternimmt erhebliche Anstrengungen, um die Population u. a. von Stadtauben und Nilgänsen im Stadtgebiet schonend und im Einklang mit tierschutzrechtlichen Bestimmungen zu reduzieren, bzw. sie nicht über ein bestimmtes Maß hinaus ansteigen zu lassen. Wichtig für den Erfolg dieser Bemühungen ist aber, dass diese Tiere nicht von Passanten gefüttert werden. Das Fütterungsverbot dient zudem der Tiergesundheit, der Hygiene und der Gewässerreinigung.

Mit Hilfe geeigneter Aufklärungsmaßnahmen soll der offenbar verbreitenden Unkenntnis hinsichtlich des bestehenden Fütterungsverbotes entgegen gewirkt und die Kontrollen des Ordnungsamtes unterstützt werden.

In Wiesbaden dürfen Hunde im öffentlichen Raum nicht unbeaufsichtigt herumlaufen. Auf öffentlichen Grünflächen müssen sie grundsätzlich an der Leine geführt werden. Dies dient dem Schutz der Bevölkerung. Ausnahmen von der Anleinplicht gibt es nur auf eigens gekennzeichneten Hundeausläuflächen. Mit Hilfe geeigneter Aufklärungsmaßnahmen soll der offenbar verbreitenden Unkenntnis hinsichtlich des bestehenden Leinenzwangs entgegen gewirkt werden.

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. geeignete Maßnahmen vorzuschlagen, um das Fütterungsverbot und den Leinenzwang in öffentlichen Grünflächen besser zu kommunizieren und durchzusetzen.
Hierbei sollten insbesondere geprüft werden:
 - die gezielte Informationsbeschilderung an ausgewählten Standorten, wie u.a. den Parkzugängen, an Gewässern und anderen bevorzugten Aufenthaltsorten von Tieren
 - die aktualisierte Neuauflage des Flyers „Ente gut - alles gut“ aus dem Jahr 2008
 - die Informationsvermittlung über neue Medien/soziale Netzwerke
2. bis zur Sitzung des Umweltausschusses am 23. Oktober 2018 über den Sachstand der Umsetzung zu informieren.

Beschluss Nr. 0034

Der Antrag von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 10.04.2018 betr.

Fütterungsverbot und Leinenzwang in öffentlichen Grünanlagen

wird angenommen.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .04.2018

Maritzen
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .04.2018

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .04.2018

Dezernat V
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gerich
Oberbürgermeister